



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (0211) 884 – 2691
Fax (0211) 884 – 3209
eMail iris.preuss-buchholz@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 25.02.2010

Rede & Antwort

Gesetzentwurf zur Schuldenbremse greift zu kurz

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur sogenannten Schuldenbremse für das Land NRW ist nicht ausreichend, um bei der schwierigen Finanzlage eine wirkliche Hilfe zu sein. Dies sei als Ergebnis der heutigen öffentlichen Anhörung von Hauptausschuss, Haushalts- und Finanzausschuss und Kommunalausschuss im Landtag festzuhalten, so das Fazit der Solinger Abgeordneten Iris Preuß-Buchholz (SPD). Sie hatte als Mitglied des Hauptausschusses an der Anhörung teilgenommen.

"Es reicht nicht aus, nur die Finanzen des Landes in den Blick zu nehmen", so die Solinger Landtagsabgeordnete. "Die Experten haben zu Recht die drohende finanzielle Überforderung der Städte, Kreise und Gemeinden herausgehoben, wenn nicht eine finanzielle Mindestausstattung der Kommunen in der Verfassung verankert wird."

Es fehle eine vernünftige mittel- und langfristige Finanzplanung seitens des Landes. Nur so hätte Solingen eine Chance, sich finanziell zu konsolidieren.

Die Tatsache, dass die Kommunen sogar explizit nicht mit einbezogen seien, könnte sich nach Ansicht von Experten nachteilig für die Städte und Gemeinden auswirken. Hier sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die Verschuldung auf Kosten der Kommunen durchgereicht würde.

Für die SPD könne es daher keine Änderung der Verfassung ohne eine verfassungsmäßige Berücksichtigung der kommunalen Belange geben.